

Abstimmung vom 26.9.2021

Höhere Kapital- besteuerung erhält nur aus dem linksgrünen Lager Unterstützung

**Angenommen: Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern» (99-Prozent-Initia-
tive)**

Anja Heidelberger

Empfohlene Zitierweise: Heidelberger Anja (2022): Höhere Kapitalbe-
steuerung erhält nur aus dem linksgrünen Lager Unterstützung. *Swissvo-
tes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online:
www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eid-
genössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität
Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

2017 lanciert die Juso ihre neuste Volksinitiative mit dem Titel «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» – die sogenannte «99-Prozent-Initiative». Bis April 2019 sammeln die Initiant:innen über 109 000 gültige Unterschriften. Seit 2011 ist dies somit bereits die dritte zustandegekommene Volksinitiative der Jungpartei – 2013 wurde über die 1:12-Initiative (Vorlage Nr. 575), 2016 über die Spekulationsstopp-Initiative (Vorlage Nr. 598) abgestimmt –, wovon sich die Medien durchaus beeindruckt zeigen.

Mit der 99-Prozent-Initiative will die Juso die Besteuerung von Kapitaleinkommen erhöhen: Im Gegensatz zu Lohneinkommen, die zu 100% besteuert werden, müssen Kapitalgewinne bisher gar nicht und Dividenden zu 70% versteuert werden. Dividendeneinkommen werden also so besteuert, als hätte man nur 70% der tatsächlichen Einnahmen generiert. Die Initiative will diesen Wert auf 150% erhöhen. Damit rückt die Juso die Kapitaleinkommen und die Vermögensungleichheit ins Zentrum der Diskussionen über die Steuergerechtigkeit, während diesbezüglich üblicherweise vor allem über Lohneinkommen diskutiert wird.

Bei Bundesrat und Parlament stösst die Initiative auf wenig Anklang. Der Bundesrat weist insbesondere darauf hin, dass in der Schweiz bei den Arbeitseinkommen bereits eine «bedeutende» steuerliche Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensklassen stattfindet und dass die bestehende Vermögenssteuer im internationalen Vergleich zu einer «recht hohen» Gesamtbelastung des Kapitals führe. Auch aus Furcht vor Schaden für die wirtschaftliche Standortattraktivität der Schweiz empfiehlt er die Initiative zur Ablehnung. Das Parlament pflichtet dieser Einschätzung und Empfehlung mit 128 zu 66 Stimmen (Nationalrat) respektive 31 zu 13 Stimmen (Ständerat) bei. Für eine Unterstützung der Initiative stimmen lediglich die Mitglieder der SP- und der Grünen-Fraktionen. Zudem lehnt der Nationalrat die Idee eines direkten Gegenentwurfs von Samuel Bendahan (sp, VD) ab, mit dem die Kapitaleinkommen statt zu 150% zu 100% hätten besteuert werden sollen.

GEGENSTAND

Kapitaleinkommensteile (also zum Beispiel Zinsen oder Dividenden) über einem noch festzulegenden Freibetrag – die Juso spricht gegenüber den Medien von 100 000 Franken – sollen neu zu 150% besteuert werden. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen soll die Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen reduziert oder Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt geleistet werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Im Abstimmungskampf stellen die Befürworter:innen den Fairnessgedanken ihrer Initiative in den Mittelpunkt: Es sei nicht fair, dass Arbeitseinkommen höher besteuert werden als Kapitaleinkommen. Die Vermögensungleichheit nehme zu und ermögliche auch ungleiche Einflussnahme auf die Politik. Deshalb sollten die etwa 80 000 Personen – also ungefähr 1 Prozent der Schweizer Bevölkerung – mit sehr hohen Kapitaleinkommen diese stärker versteuern müssen. Die grosse Mehrheit der

Bevölkerung – die sprichwörtlichen «99 Prozent» – sowie die KMU würden durch die Initiative hingegen nicht getroffen beziehungsweise sogar entlastet.

Dies sehen die Gegner:innen jedoch anders: Betroffen sei eben nicht nur das reichste Prozent der Bevölkerung, sondern deutlich breitere Kreise. Insbesondere KMU gerieten dadurch in Schwierigkeiten, etwa bei der Firmenübergabe. Zudem werde Kapital heute bereits mehrfach besteuert, deutlich stärker auch als in anderen Staaten. Die Gegner:innen der Initiative kritisieren überdies deren unklare Formulierung, aufgrund derer man unter anderem nicht genau wisse, wie hoch der Freibetrag sein werde und wie viele Personen somit tatsächlich betroffen wären.

Unterstützt wird die Initiative vom linksgrünen Lager einschliesslich der EVP und der Gewerkschaften. Dagegen stellen sich alle bürgerlichen Parteien einschliesslich der GLP sowie zahlreiche Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse und der Gewerbeverband. Die Kampagnentätigkeit ist in der Folge sehr ungleich verteilt: Bei den klassischen, finanziell aufwändigen Kampagnenmitteln, beispielsweise in den Inseratespalten, dominieren die Gegner:innen sehr deutlich. Die Befürworter:innen setzen auf andere, kostengünstigere Werbemittel.

Die Medien verfolgen die Diskussionen zwischen den Lagern unterdurchschnittlich stark, beteiligen sich aber mit zahlreichen Meinungsartikeln direkt daran. In diesen Kommentaren der Redaktionen, aber auch in Interviews und in den Nachrichtenbeiträgen dominiert eine ablehnende Haltung gegenüber der Initiative. Auch die Vorumfragen deuten früh auf eine Ablehnung hin: Die Zustimmungswerte liegen bereits bei den ersten Umfragen unter 50% und sinken in den folgenden Wellen auf rund 35%.

ERGEBNIS

Entsprechend deutlich fällt das Abstimmungsergebnis dann auch aus: Mit 35,1% Ja-Stimmen und keinem zustimmenden Kanton wird die Initiative bei einer Stimmbeteiligung von 52,2% deutlich abgelehnt. Den grössten Widerstand erfährt die Vorlage in den Kantonen Nidwalden, Zug, Schwyz und Appenzell-Innerrhoden mit weniger als 25% Ja-Stimmen, während sie in Basel-Stadt (48%) und Jura (47%) ihre besten Kantonsergebnisse erzielt. Insgesamt zeigen sich die französischsprachige Schweiz und die grossen Städte der Deutschschweiz der Vorlage gegenüber vergleichsweise wohlgesinnt.

Die Nachabstimmungsanalyse verdeutlicht, dass die Stimmbevölkerung bei der Initiative einem deutlichen Links-Rechts-Graben gefolgt ist: Einzig Personen mit Präferenzen für die SP und die Grünen oder mit linken oder sehr linken Ansichten stimmten der Initiative mehrheitlich zu, Personen ab der Mitte des Links-Rechts-Spektrums lehnten sie hingegen zu relativ hohen Anteilen ab. Als Gründe für ihre Unterstützung nannten die Befürwortenden insbesondere die Förderung der

Steuergerechtigkeit oder der sozialen Gerechtigkeit, während die Gegner:innen die Gefahr für die Wirtschaft hervorhoben.

QUELLEN

fög (2021). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 26. September 2021, Schlussbericht vom 24. September 2021*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

gfs.bern (2021a). 2. "SRG-Trendumfrage" zur Abstimmung vom 26. September 2021. Online: https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/srg_trend_26092021-2/, abgerufen am 23.5.2022.

gfs.bern (2021b). *VOX-Analyse September 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2021*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja (2022). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern, 2017–2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.5.2022.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2021): *APS-Zeitungs- und Inse-
rateanalyse zu den Abstimmungen vom 26. September 2021. Zwischen-
stand vom 16.9.2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwis-
senschaft der Universität Bern.

LeeWas (2022). *20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage. Eidgenös-
sische Volksabstimmungen vom 26. September 2021. Auswertung 3. Um-
fragewelle, Bericht vom 15.9.2021*. Online: https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/20210915_Bericht_Welle_3.pdf, abgerufen am 23.5.2022.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 26.9.2021 (Abstimmungs-
büchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 20.032).

Bundesblatt: BBl 2020 2797.